Bundesrat **Drucksache 893/03 (Beschluss)**

12.03.04

Beschluss
des Bundesrates

Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: "Die Raumfahrt"
Europäische Horizonte einer erweiterten Union - Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik
KOM(2003) 673 endg.; Ratsdok. 14886/03

Der Bundesrat hat in seiner 797. Sitzung am 12. März 2004 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich das Ziel des Weißbuchs, mittels eines Aktionsplans für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik neue Infrastrukturen und Dienstleistungen einzurichten und neue Chancen aufzutun. Die Raumfahrt kann einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung großer Herausforderungen wie der Lissabonner Strategie und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) leisten. Durch die Zuweisung der politischen Dimension wird anerkannt, dass die europäische Raumfahrtindustrie nur auf der Basis gesicherter Grundlagen langfristig die gestellten Aufgaben erfüllen kann.

2. Der Bundesrat begrüßt ferner den Aufruf des Weißbuchs an alle Akteure im Bereich der Raumfahrt, die neuen Herausforderungen einer konsolidierten europäischen Raumfahrtpolitik anzunehmen. Er stellt jedoch fest, dass die Kommission mit der Ausrichtung der Raumfahrtpolitik auf die GASP und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gegenüber der bisher rein friedlichen Nutzung der Raumfahrt durch die Europäische Weltraumorganisation (ESA) einen Paradigmenwechsel vorgenommen hat. Diese Änderung darf nicht zu Lasten der zivilen Weltraumforschung und Raumfahrtwissenschaft gehen. Der Bundesrat bittet deshalb die Bundesregierung, sich bei

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln
Telefon: 0221/97668-0, Telefax: 0221/97668-338
ISSN 0720-2946

der Kommission dafür einzusetzen, dass der Vorrang der finanziellen Förderung für die zivile Raumfahrt in Europa erhalten bleibt.

3. Der Bundesrat tritt dafür ein, dass eine angemessene Förderung von Grundlagenforschung (Weltraumerkundung, Planetenforschung, Fernerkundung der Erde, Erdsystemforschung, Informationsverarbeitung und -veredelung, Forschung unter Weltraumbedingungen) als essenzieller Bestandteil einer nachhaltigen europäischen Weltraumpolitik sichergestellt wird.

4. Das Weißbuch zeigt Defizite in der Nachwuchsförderung für Weltraumtechnologie und integrierte Erdsystemforschung auf. Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, die Kommission aufzufordern, bei der Förderung der Postgraduiertenausbildung künftig ein besonderes Augenmerk auf die Nachwuchsförderung von hoch qualifizierten europäischen Wissenschaftlern in den genannten Bereichen zu legen.

5. Der Bundesrat begrüßt die vom Weißbuch empfohlene Berücksichtigung von ethischen Aspekten bei der Raumfahrtprogrammplanung und bittet die Bundesregierung darauf zu achten, dass diese Aspekte bei der Ausschreibung der einschlägigen Projekte verbindlich berücksichtigt werden.

6. Klima-, Meeres- und Biodiversitätsforschung sind in erheblichem Umfang auf langfristige Programme aus öffentlichen Mitteln zur Erdbeobachtung mit Satelliten angewiesen. Die zusätzlich notwendigen Mittel für die gesamte Raumfahrtforschung dürfen jedoch nicht zu Lasten anderer Prioritäten der Forschungsrahmenprogramme gehen.

7. Der Bundesrat weist besonders darauf hin, dass bei den vom Weißbuch vorgesehenen Systemen zur Fernmeldeaufklärung dem Datenschutz der Bürger und der Industrie hohe Priorität einzuräumen ist.

8. Die Bundesregierung wird gebeten, beim Umgang mit dem Weißbuch zu berücksichtigen, dass auch das Vermessungswesen zu den unter Gliederungspunkt 3.1 auf S. 14 im 3. Absatz, Satz 3 genannten Bereichen gehört, in denen es Anwendungen für kommerzielle Zwecke gibt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, bei der Vorbereitung weiterer europäischer Rechtsakte auf der Basis des Weißbuchs darauf hinzuwirken, dass das Vermessungswesen in eventuelle Aufzählungen der Bereiche mit kommerziellen

Anwendungen aufgenommen wird.

Das amtliche Vermessungswesen in Deutschland hat von Beginn der Einrichtung des Global Positioning System - GPS - an die Bedeutung dieses Systems für Zwecke der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters erkannt und in der täglichen Vermessungspraxis umgesetzt. Die Erkenntnisse aus der Anwendung und Weiterentwicklung der Systeme haben dazu geführt, dass heute bundesweit ein Satellitenpositionierungsdienst (SAPOS) von den Landesvermessungsämtern der Länder für die Durchführung öffentlicher Aufgaben, aber auch für kommerzielle Zwecke angeboten wird. Insofern bietet es sich an, das Vermessungswesen in die Aufzählung der unterschiedlichen Bereiche, die auch Anwendungen für eine Vielzahl kommerzieller Dienste haben, aufzunehmen.

9. Der Bundesrat hält entgegen der von der Kommission geäußerten Kritik am Prinzip des geografisch ausgewogenen Mittelrücklaufs ("juste retour", vgl. S. 39 der Vorlage) fest. Dieses Prinzip besagt, dass Unternehmen der ESA-Mitgliedstaaten an der Auftragsvergabe der ESA grundsätzlich im Verhältnis der Zahlungen der Mitgliedstaaten zu beteiligen sind. Für deutsche Unternehmen ist dies von großer Wichtigkeit, da in Deutschland der Etat des nationalen Programms im Verhältnis zum deutschen ESA-Beitrag sehr gering ist. Die nationalen Budgets der Hauptwettbewerbsländer sind zum Teil deutlich besser ausgestattet. Der durch einen Verzicht auf das Prinzip des geografisch ausgewogenen Mittelrücklaufs entstehende noch höhere Wettbewerbsdruck auf deutsche Unternehmen könnte nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Relation des nationalen Budgets zum ESA-Beitrag Deutschlands abgefedert werden. Darüber hinaus bleibt die Kommission einen konkreten Vorschlag, wie der geografisch ausgewogene Mittelrücklauf zu ersetzen sei, schuldig. Vielmehr beschreibt sie ein neues System der Auftragsvergabe allein durch die Schlagworte der größeren Flexibilität, der weiteren Definition des Rücklaufs und der größeren Kreativität.

10. In der Frage der Finanzierung des europäischen Raumfahrtprogramms stellt die Kommission drei mögliche Szenarien vor (siehe Anhang Tabelle 4). Grundlage der Szenarien ist jeweils eine angenommene Steigerungsrate des Raumfahrthaushalts von 4,6 %, 3,4 % bzw. 2,3 %.

Szenario C, das von einer Steigerungsrate des Budgets von 2,3 % ausgeht, muss angesichts leerer Kassen als das wahrscheinlichste Szenario angesehen werden. Kritisch anzumerken ist, dass in diesem Szenario Weltraumforschung und

Raumfahrtwissenschaft nur 15 Mio. Euro von einem Verteilungsvolumen von insgesamt 1.240 Mio. Euro erhalten würden. (In Szenario A entfielen auf diese Positionen 360 Mio. Euro von 2.700 Mio. Euro Gesamtvolumen.) Dies hätte negative Auswirkungen insbesondere auf wissenschaftliche Einrichtungen und kleine und mittlere Unternehmen, die verstärkt auf den Bau von Experimenten ausgerichtet sind. Die finanziellen Zuwächse sollten in Szenario C daher gleichmäßiger auf die verschiedenen Anwendungen verteilt werden. Investitionen in Weltraumforschung und Raumfahrtwissenschaft würden auch dem beklagten Mangel an Fachpersonal entgegenwirken. Nur durch zusätzliche Aufträge kann der Abbau weiterer Personalkapazitäten verhindert werden.

Eine größere Anstrengung in Forschung und Wissenschaft könnte auch dazu beitragen, dass Europa in der Raumfahrt nicht nur strategisch, sondern auch technologisch unabhängig würde. Ebenso sollte die Möglichkeit der Raumfahrtrobotik sorgfältiger reflektiert werden.

11. Im Übrigen weist der Bundesrat auf die Notwendigkeit hin, das nationale Raumfahrtbudget langfristig zu erhalten bzw. auszubauen. Während Länder wie Frankreich und Italien die Priorität auf das nationale Programm legen, wird in Deutschland der umgekehrte Weg eingeschlagen. Rund 80 % des deutschen Raumfahrtbudgets sind für ESA-Beiträge vorgesehen, nur 20 % stehen dem nationalen Programm zur Verfügung. Der härter werdende Wettbewerbsdruck macht es allen Harmonisierungsanstrengungen der EU zum Trotz erforderlich, nationale Förderungen zu erhalten bzw. auszubauen. Nur auf der Basis nationaler und regionaler Kompetenzen ist es möglich, mit vergleichbaren Standorten und im wissenschaftlichen Umfeld konkurrenzfähig zu bleiben und eine angemessene Position einnehmen zu können.

12. Der Bundesrat bedauert, dass die Kommission in dem Weißbuch die Gefährdung des unabhängigen Zugangs zum Weltraum durch die Entwicklung von Antisatellitenwaffen nicht angesprochen hat. Er bittet die Bundesregierung zur Absicherung der hohen Aufwendungen für die Raumfahrtforschung auf politische Initiativen der Europäischen Union hinzuwirken, die auf ein weltweites Verbot von Waffen und Verfahren zur Satellitengefährdung hinauslaufen.

13. Das Weißbuch unterbreitet Vorschläge zur Ausgestaltung einer zukünftigen Arbeitsteilung zwischen EU und ESA. Insgesamt bleibt das Weißbuch in diesem Punkt jedoch weniger konkret. Der Bundesrat bittet die Bundesregie-

rung, während der deutschen ESA-Ratspräsidentschaft eine zukunftsweisende und konkrete Rollenverteilung der verschiedenen Akteure einzufordern.